

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 4/2017

18. Oktober 2017



Liebe Leserinnen und Leser,

seit dem letzten „i.punkt“ vor der parlamentarischen Sommerpause ist nicht nur einige Zeit vergangen, es ist auch für unsere Partei Entscheidendes geschehen. Die Bundestagswahl am 24. September hat gezeigt, dass die SPD weiter in der Gunst der Wähler gesunken ist. Mit 20,5 Prozent der Wählerstimmen haben wir einen historischen Tiefpunkt erreicht. Auch hier im Landkreis Heidenheim wurde nur ein Zweitstimmenergebnis von 20,6 Prozent erreicht, trotz dem engagierten Wahlkampf von Leni Breymaier und der Unterstützung vieler motivierter Genossinnen und Genossen. An dieser Stelle möchte ich allen für ihren Einsatz und ihre Unterstützung danken.

Die Entscheidung, nicht mehr in einer Großen Koalition mit der CDU/CSU zu regieren, halte ich für richtig. Die GroKo hat trotz einer guten Arbeit der SPD-geführten Ministerien eine deutliche Abgrenzung von der Union kaum zugelassen und so das Profil der SPD verwaschen. In der Opposition kann und muss sich die Sozialdemokratie in Deutschland einerseits wieder auf ihre Tradition und Werte besinnen und sich gleichzeitig neu und für die gesellschaftliche Zukunft gewappnet aufstellen. Die Ankündigung unserer Oppositionsführerin im Bundestag Andrea Nahles, sich hierbei insbesondere auf die sozialen Auswirkungen der Digitalisierung zu konzentrieren, halte ich für richtungsweisend. Ein Trost war immerhin die Wahl in Niedersachsen, die zeigt, dass die sehr gute Regierungsarbeit der SPD sehr wohl von den Wählerinnen und Wählern honoriert wird. Hoffen wir, dass diese Wahl einen Wendepunkt darstellt und es von nun an mit den Stimmen für die SPD wieder bergauf geht.

Doch an deutlicher Zustimmung in der Bevölkerung verloren haben auch die CDU/CSU. Die Stimmenwanderung von den beiden großen Volksparteien zur AfD und deren Einzug in den Bundestag gehen zu lasten unserer Demokratie. Der Rechtspopulismus, der in Europa weiter erstarkt, hat nun auch im Berliner Reichstag eine Stimme. Vernünftige Oppositionsarbeit dürfen wir von der AfD dort ebenso wenig erwarten wie bisher hier im Landtag.

In Stuttgart wurde der parlamentarische Betrieb wieder aufgenommen. Gekennzeichnet ist dieser nach wie vor vom Hickhack innerhalb der grün-schwarzen Regierung und deren Fraktionen. Angefangen beim Streit um die Gemeinschaftsschule, die von der CDU kategorisch schlechtgeredet wird, über die Fahrverbotsdebatte hinsichtlich der Luftreinhaltung bis hin zum Tempolimit auf der A 81, welches Verkehrsminister Hermann gegen den Willen der CDU durchsetzen will.

Vernachlässigt werden dabei die wirklich drängenden Themen, die im Land unbedingt angegangen werden müssen. Es fehlt allorten an bezahlbarem Wohnraum, nicht nur in den Ballungszentren. Nach einer aktuellen Prognos-Studie fehlen derzeit 88.000 Wohnungen im Südwesten. Bei einem anhaltendem Bevölkerungswachstum von 3,6 Prozent (2011 bis 2015) müssten demnach bis 2020 jedes Jahr mindestens 65.000 Wohnungen gebaut werden, um den alten Bestand halten und den neuen Bedarf einigermaßen decken zu können. Bei der Digitalisierung beschränkt sich die Landesregierung ausschließlich auf das Stopfen von Funklöchern. Zu wenig spielt eine Rolle, was mit den Menschen dabei geschieht. Hier müssen alle durch entsprechende Bildungsmaßnahmen mitgenommen werden, nicht nur Schüler und Studenten, sondern gerade auch die Menschen, die mitten im Arbeitsleben stehen und denen aufgrund der Digitalisierung der Verlust des Arbeitsplatzes droht. Hier ist es die Aufgabe der SPD, als Opposition den Finger in die Wunde zu legen.

In diesem Sinne wünsche ich Euch eine interessante Lektüre.

Euer Andreas Stoch MdL

Landeshaushalt 2018/2019

Das Kabinett hat Ende September den Doppelhaushalt für 2018/2019 beschlossen und wird diesen erstmals am 9. November in den Landtag einbringen, damit dieser von den Abgeordneten beraten und nach dreifacher Lesung voraussichtlich am 20. Dezember verabschiedet wird. Der Haushalt umfasst 2018 rund 49 Milliarden Euro, also 1,1 Milliarden Euro mehr als 2017, und 2019 voraussichtlich 50 Milliarden Euro. Die SPD-Fraktion kritisiert den finanzpolitischen Schlingerkurs der grün-schwarzen Landesregierung. Gerade der Bildungsbereich werde durch das Hin und Her in Mitleidenschaft gezogen. Während im laufenden Haushalt noch über 1.000 Lehrerstellen eingespart werden, sollen im nächsten Doppelhaushalt wieder über 1.000 Stellen neu geschaffen werden. Begrüßt werden die 1.500 neuen Stellen bei der Polizei. Die Landesregierung kann derzeit auf eine hohe finanzielle Reserve von vier bis fünf Milliarden Euro zurückgreifen. Die SPD schlägt vor, daraus eine Investitionsoffensive zu finanzieren, die vor allem Kommunen für Schulen, Krankenhäuser und das Thema Wohnen zur Verfügung gestellt werden soll. Völlig unklar ist weiterhin, wie Grün-Schwarz der gesetzlich vorgeschriebenen Tilgungsverpflichtung von 2,4 Milliarden Euro nachkommen will. Auch der Städtetag zeigte sich bisher mit dem Haushaltsentwurf nicht einverstanden.

„Digitalisierungsstrategie“

Die von Innenminister Thomas Strobl (CDU) vor der Sommerpause wortreich und pathetisch vorgestellte Digitalisierungsstrategie wurde in der ersten Landtagssitzung nach den Sommerferien im Landtag besprochen. Die SPD kritisiert dabei, dass die so genannte Strategie keine solche sei, sondern lediglich eine Aneinanderreihung von Einzelmaßnahmen, die einen roten Faden vermissen lässt. Es werden weder die drängenden Fragen der Digitalisierung bei Bildung, Mobilität und in der Arbeitswelt beantwortet, noch die Sorgen und Ängste der Menschen ernstgenommen. Digitalisierung beschränkt sich nicht allein auf den Breitbandausbau und die feierliche Übergabe von Förderbescheiden, sondern muss den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Nicht nur in den Schulen, auch im Arbeitsleben müssen entsprechende Bildungsmaßnahmen darauf vorbereiten, dass die Menschen den rasanten Entwicklungen auf diesem Gebiet standhalten können. Stattdessen hat die Landesregierung die Einführung des Informatikunterrichts in Klasse 7 auf die Gymnasien beschränkt und die von der SPD angeregte Schaffung eines Bildungsfonds abgelehnt. Damit macht die Regierung dieses „Chancethema“ zu einem „Angstthema“.

Organisation und Finanzierung ÖPNV

Auch in der Zweiten Lesung der Gesetzesänderung zur Planung, Organisation und Gestaltung sowie zur Finanzierung des ÖPNV kritisiert die SPD-Landtagsfraktion den Gesetzentwurf als „kraft- und mutloses Reförmchen“. Der ÖPNV ist zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge, denn Mobilität bedeutet soziale Teilhabe. Für **Gerhard Kleinböck** aus dem Fraktions-Arbeitskreis Verkehr ist die Erhöhung der Finanzierung im Jahr 2021 zu spät und zu wenig. Auch fehle die Dynamisierung der steigenden Kosten, was auch BUND, VCD und LNV kritisieren. Das Land kann es sich nicht leisten, so lange zu warten. Gerade in den Ballungsräumen muss der weitere Ausbau des ÖPNV sofort angegangen werden. Gerade von den Grünen hat sich die SPD ein kraftvolleres Signal für den ÖPNV erhofft, insbesondere bei den derzeitigen übervollen Kassen. Auf die von der Landesregierung oft beschworene große ÖPNV-Offensive warten die Nutzer von Bussen und Bahn immer noch vergeblich. Kleinböck vermutet, dass es sich hier - wie schon bei der Fahrzeugfinanzierung - um eine weitere schwarz-grüne Mogelpackung handelt. Die SPD-Fraktion hält diese Gesetzesänderung nicht für ausreichend und hat sich bei der Abstimmung geschlossen der Stimme enthalten.

Bilanz Gemeinschaftsschule

Fünf Jahre nach Einführung der Gemeinschaftsschule unter der grün-roten Landesregierung will die SPD im Rahmen einer Aktuellen Debatte die Bilanz zu den rund 300 bestehenden Gemeinschaftsschulen im Land ziehen und sich für deren Unterstützung stark machen. Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion **Dr. Stefan Fulst-Blei** wirft vor allem der CDU die ideologische Bekämpfung der Gemeinschaftsschule vor. Der offenen Kritik folgt nun eine „Politik perfider Nadelstiche“. Mit Kalkül wird diese Schulart schlechtgeredet und somit Schüler und Eltern verunsichert und Lehrer demotiviert. Die Gemeinschaftsschule bietet innovative Pädagogik mit dem Fokus auf der individuellen Förderung, die bei der zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft zwingend notwendig ist. Sie verdient eine faire Behandlung. Die SPD fordert eine Einstellungsoffensive, insbesondere für die Oberstufe, und weiterhin die Orientierung am Schulgesetz. Die in Tübingen und Konstanz erfolgreich eingerichteten Oberstufen werden dagegen totgeschwiegen. Die von der CDU zu verantwortenden Fehlentwicklungen müssen ein Ende haben und neue Hürden dürfen nicht aufgebaut werden. Die Grünen sollen zu den auch von ihnen eingeführten Schulen stehen und der Ministerpräsident soll hier endlich intervenieren.

Unsere Abgeordneten aus Baden-Württemberg im 19. Bundestag



Leni Breymaier (Aalen-Heidenheim)
<https://www.leni-breymaier.de/>



Dr. Nils Schmid (Nürtingen)
<https://nils-schmid.spd.de/>



Dr. Lars Castellucci (Rhein-Neckar)
<https://www.lars-castellucci.de/>



Christian Lange (Backnang – Schwä-
bisch Gmünd)
<http://www.lange-spd.de/>



Katja Mast (Pforzheim)
<http://www.katja-mast.de/>



Heike Baehrens (Göppingen)
<http://www.heike-baehrens.de/>



Rita Schwarzelühr-Sutter (Waldshut)
<https://schwarzeluhr-sutter.de/>



Martin Gerster (Biberach)
<http://martin-gerster.de/>



Dr. Martin Rosemann (Tübingen)
<http://www.martin-rosemann.de/>



Lothar Binding (Heidelberg-Weinheim)
<http://lothar-binding.de/>



Ute Vogt (Stuttgart I)
<https://www.ute-vogt.de/>



Saskia Esken (Calw)
<http://www.saskiaesken.de/>



Hilde Mattheis (Ulm)
<http://www.hilde-mattheis.de/>



Dr. Johannes Fechner (Emmendingen-
Lahr)
<http://johannesfechner.de/>



Josip Juratovic (Heilbronn)
<https://www.josip-juratovic.de/>



Gabriele Katzmarek (Rastatt)
<http://www.gabriele-katzmarek.de/>

SPD-Kreisvorsitzendenkonferenz

Auf einer Konferenz in Filderstadt hat die Landes-SPD mit Kreisvorsitzenden und allen Kandidaten die **Aufarbeitung der Bundestagswahl** fortgeführt.

„Die große Koalition war für Deutschland besser als für die SPD. Dennoch ist sie eindeutig abgewählt worden“, erklärte Landesvorsitzende Leni Breymaier vor circa 100 Funktionsträgern. „Klar ist, die SPD braucht nun über eine lange Strecke eine glaubwürdige und mutige Politik, gerade auch in Gerechtigkeitsfragen.“



Foto: SPD Baden-Württemberg

Diskutiert wurden u.a. nachwirkende Enttäuschungserfahrungen mit der Partei und nicht erfüllte Erwartungen, zu wenig sichtbare Abgrenzung zur CDU, zu wenig Modernität und Visionen.

Große Unterstützung gab es auf der Konferenz für den Parteivorsitzenden Martin Schulz und für die am Wahlabend getroffene Entscheidung, in die Opposition zu gehen. Neben dem bundesweiten Aufarbeitungsprozess müsse nun auch die Erneuerung in Baden-Württemberg fortgesetzt werden, forderte Leni Breymaier. „Deshalb machen wir uns bereits jetzt gemeinsam auf den Weg, die Kommunal- und Europawahlen 2019 vorzubereiten.“

Vier Leitfragen stehen dabei im Vordergrund:

- Wie kann die SPD im rot-grünen Milieu in Baden-Württemberg stärker punkten?
- Wie kommt die SPD mit den Menschen in dauerhaften Austausch, die eine Enttäuschungserfahrung mit der SPD erlebt haben?
- Wie muss die SPD an Orten agieren, in denen viele Menschen die AfD gewählt haben?
- Wie kann die SPD ihre parteiinternen Strukturen im Land fit für die Zukunft machen und mehr Beteiligung für ihre Mitglieder ermöglichen?

Diese Fragen werden in der Partei weiter diskutiert, z. B. bei der Dialogveranstaltung am 5. November in Kaiserslautern und dem Landesparteitag der SPD am 18. November in Donaueschingen.

AWO-Ferienfreizeit Heidenheim



Traditionell besuche ich im Sommer die Ferienfreizeiten der AWO in Giengen und Heidenheim. Heuer war ich beim Bärenfest der AWO Heidenheim am Waldbad dabei, als Kinder und Eltern gemeinsam mit dem AWO-Bären feierten. AWO-Freizeitleiterin Sonja Clausnitzer (2.v.l.), die Vorsitzende des Heidenheimer AWO-Ortsvereins Christine Schulten (Mitte) und der AWO-Bär nahmen von Gewerkschaftssekretär Willi Wolf (r.) einen Spendenscheck in Höhe von 2.000 Euro von der IG Metall für diese Freizeitaktion entgegen.

Begegnung mit Irlands Präsidenten



Am Rande eines Opernfestivals Ende August in der Toskana traf ich mit meiner Frau Christine (r.) den Präsidenten der Republik Irland Michael D. Higgins (2.v.l.) mit Gattin Sabina. Es ergab sich ein interessantes Gespräch über die momentane Situation in Europa, insbesondere durch den beschlossenen Brexit. Higgins, Vertreter der Irish Labour Party, betonte, dass man gerade jetzt die Bedeutung Europas deutlicher hervorheben müsse, um dem rechten Populismus entschieden entgegenzutreten.

Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL
 Redaktion: Danjela Folberth
 Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim
 Tel.: 07321/ 4 00 80 | Fax: 07321/ 4 00 42
 E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de
 Internet: www.andreas-stoch.de